

Auf der Reise in eine gemeinsam gelebte Zukunft

■ ANGELIKA MLINAR



Angelika Mlinar ist Mitglied des Europäischen Parlaments, Vizepräsidentin der Partei der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE) und stellvertretende Vorsitzende der Partei NEOS – Das Neue Österreich.

Wir schreiben das Jahr 2017. Das Jahr des Feuer-Hahns im chinesischen Kalender. Ebenso feurig wie auch die Merkmale unserer heutigen Zeit. Wir befinden uns in einer Zeit der politischen Umbrüche, der sozialen wie ökonomischen Herausforderungen, die sich oft als nicht so einfach lösbar herausstellen, wie wir es uns wünschen. Einer Zeit, in der immer seltener mit Vertrauen und umso öfter mit Angst und Furcht argumentiert wird, um sich von dem Fremden, dem Unbekannten abzugrenzen. Eine Zeit, in der das Bild der Zukunft eher als drohendes Damoklesschwert gezeichnet wird, anstatt die bevorstehenden Möglichkeiten als Ausgangspunkt zur Gestaltung einer farbenfrohen Gemeinschaft wahrzunehmen. Es ist nicht verwunderlich, dass gerade diese skeptischen Sichtweisen, wie sie tagtäglich von Presse und Politik kommuniziert werden, zu einer allgemeinen Verunsicherung innerhalb unserer Gesellschaft führen und vor allem bei den aktuell wichtigsten politischen Arbeitspunkten „Migration und Integration“ ihre Spuren hinterlassen.

Die Angst vor dem Fremden und Unbekannten dient dabei als Nährboden und Grundlage vieler politischer Argumentationen, die in populistischer Weise mit der Furcht vor Veränderung in der Gesellschaft spielen und damit weitere Skepsis schüren. Eine Skepsis, die sich vor allem auf nationaler Ebene innerhalb der betroffenen Länder (auch in Österreich) bemerkbar macht, wenn das Thema Asyl und Flüchtlingsbewegungen auf den Tisch kommt. Bevor wir uns jedoch aus Furcht und gemäß dem Sprichwort „Was der Bauer nicht kennt, ...“ einfach abwenden und dieses Thema möglichst aus unserem Komfortbereich und unseren Landesgrenzen herauszuhalten versuchen, sollten wir uns zuerst darum bemühen, die Situation aus der Perspektive

der Menschenwürde und des Individuums zu verstehen. Denn erst dann können wir beginnen, dieser Würde entsprechend zu handeln und damit im Interesse aller an diesem Prozess Beteiligten konstruktive Lösungen zu erstellen.

Menschen, die nach Europa kommen, haben meist einen triftigen Grund, ihr Heimatland zu verlassen und sich den Strapazen der Reise in ein anderes Land auszusetzen. Eine Reise, geprägt von Angst, Überlebenskampf und der Hoffnung, in einem Land anzukommen, das sie auch aufnehmen wird. Die Reise überhaupt zu überstehen ist die erste Herausforderung, die zweite und meist viel größere Hürde jedoch steht ihnen meist erst bevor – die Einreise nach Europa zu meistern und hier auch bleiben zu dürfen. Denn selbst wenn der erste große Schritt mit der Ankunft in einem europäischen Mitgliedsland einmal geschafft ist, so ist das Bleiberecht zu erlangen meist noch schwieriger als die Reise selbst. Wer endlich in kriegsfreien Gebieten angekommen ist, muss den Kampf um Anerkennung und die menschlichen Grundrechte kämpfen (in der Genfer Flüchtlingskonvention international festgelegt). Hierbei müssen wir uns vor Augen führen, dass die Grundrechte für jeden Menschen gelten – ganz gleich welcher Herkunft, Religion und politischer Gesinnung – und als konstitutiver Bestandteil unsere Gesellschaft und das friedliche Zusammenleben, mit welchem wir in Europa uns glücklich schätzen dürfen, aufrechterhalten.

Niemals aber dürfen wir vergessen, dass das nicht selbstverständlich ist. Deshalb besteht unsere Aufgabe als Repräsentanten der Demokratie – ob nun auf EU- oder nationaler Ebene – darin, diese Grundrechte, die Rechtsstaatlichkeit und Demokratie als solche, auf europäisch übergreifender

Ebene sowohl aufrechtzuerhalten, als auch auszubauen. Ebenso wichtig ist es dabei, eine gemeinsame Kommunikationsbasis und damit Handlungsgrundlage zwischen den jeweils nationalen Parlamenten und der EU-Ebene zu schaffen. Denn oftmals scheitert genau an diesen Kontaktpunkten die gemeinsame Arbeit an zukunftsorientierten Lösungen, woraus oft Missverständnisse und der Eindruck von Überforderung und Ignoranz entstehen. Daraus erwächst dann oft der Vorwurf an die EU, sie würde sich aus ihrer distanzierten Position heraus gar nicht mit der aktuellen Lage in den jeweiligen Ländern auseinandersetzen können. Während auf EU-Ebene – durchaus direkt mit der Problematik konfrontiert – nach nationalübergreifenden Lösungen gesucht wird, bleibt der konkrete Umgang, die Unterbringung und Handhabung der Asylverfahren auf nationaler Ebene verankert. Dieselben Nationalstaaten, die von der EU eine Lösung fordern, wollen die Kompetenz dafür aber nicht an die EU abgeben, sondern gerade im Asylrecht weiterhin selbst und unabhängig von der Staatengemeinschaft entscheiden. Die EU bleibt damit medienwirksam und durchaus willkommen als Sündenbock übrig, der allerdings selbst am wenigsten dafür kann. Einzig ein gemeinsames europäisches Asylsystem kann hier Abhilfe schaffen, da sonst für einzelne Länder die Motivation zum „Trittbrettfahren“ viel zu groß bleibt. Aktuell entstehen nämlich (bewusst und unbewusst) Lücken in der Kommunikation, wobei wichtige Umstände und Informationen unter den Tisch fallen, was mitunter der Grund für den Unmut der Bevölkerung und das fehlende Verständnis für die konkret erlebte Situation im eigenen Land ist.

Mehr Gefühl und Empathie notwendig

Um jene Kommunikationsbarrieren zwischen EU- und Nationalebene zu beseitigen und vor allem die kollektive Furcht vor einer zukünftigen Zuwanderung zu verringern, müssen wir an erster Stelle mehr Gefühl an den Tag legen und uns in Empa-

thie üben. In den jeweils anderen einfühlen und versuchen, die Position des Gegenübers zu verstehen, ob nun auf politischer Ebene, was die geteilte Verantwortung der EU Mitgliedsstaaten untereinander anbelangt, oder auf persönlicher Ebene, wenn es um den zwischenmenschlichen Kontakt innerhalb der Länder unter den dort lebenden Einwohnern und Zuwanderern geht. Zäune zu ziehen, Mauern zu bauen, sich in den eigenen nationalen Gefilden abzuschotten und aus Furcht vor der ungewissen Zukunft lieber in starrer Nostalgie in der Vergangenheit zu leben, kann niemanden von uns weiterbringen und im Endeffekt auch niemanden zufrieden stimmen.

„Back to the Future“

„Back to the Past“ lässt sich die Uhr nicht drehen, anhalten lässt sich die Zeit und die mit ihr einhergehenden Veränderungen ebenso wenig, deswegen sollten wir unsere Uhr eher auf „Back to the Future“ stellen und die Möglichkeiten und Veränderungen, welche die Zukunft für uns bereit hält, als potentielle Chancen wahrnehmen. Die in unsere Länder kommenden Menschen als Bereicherung zu erkennen ist die Aufgabe, der wir uns heute stellen müssen. Wir müssen eine Zukunft voller Chancen, aus denen wir schöpfen können, anvisieren und die Reise als ein gemeinsames Europa mit allen darin befindlichen Menschen, egal von wo und mit welchem Hintergrund, fortsetzen, um gemeinsam nicht nur das Jahr des Feuer-Hahns, sondern auch noch die folgenden des Hundes, des Schweins usw. im Rückblick gemeinsam verbracht haben zu können.

Die Zukunft birgt eine Unendlichkeit von Möglichkeiten in sich, schreibt der französische Philosoph Henri Bergson. Ungewiss mag ihr Ausgang sein, aber einst werden wir jene Möglichkeiten als Tore zu unserer Zukunft sehen können. Tore, durch welche es zu gehen im Moment nicht immer einfach sein mag, welche uns jedoch zu dem Punkt führen, an welchem wir in Zukunft hoffentlich gemeinsam und in Frieden leben werden können. Eine durchaus positive Reiseprognose. ■

■ Wer endlich in kriegsfreien Gebieten angelangt ist, muss den Kampf um Anerkennung und die menschlichen Grundrechte kämpfen.